Augenblicklich befinde ich mich im Lazarett, und zwar den Umständen entsprechend wohl. Die jetzt habe ich die Wochenbriefe, Monatsbesuche usw. noch nicht wieder bekommen.

Kommunistischen Gruß.

Gez. Hermann Krüßken.

Ausland

Die geprellten Zechpreller

Ein Beitrag zur russischen Wirtschaftspolitik.

Wir erinnern uns wohl noch der Worte, mit denen Lenin, Rakow usw. ihre neue Wirtschaftspolitik zu begründen und schmackhaft zu machen suchten. „Der Kampf gilt vor allem dem Kleinbürgertum", „Lassen wir den Kapitalisten herein und ihn 100 Prozent verdienen; wir werden von ihm lernen" usw. Mit einladender Geste riefen sie aus: „Kapitalisten aller Länder, kommt nach Sowjet-Rußland, hier gibt es 100 Prozent zu verdienen." Die Russen erteilten unter den günstigsten Bedingungen an die Kapitalisten Konzessionen. Sie waren in dem Wahn befangen, daß entgegen der materialistischen Geschichtsauffassung Politik und Oekonomie von einander unabhängig seien. Sie suchten mit den Methoden der alten bürgerlichen Diplomatie Interessengegensätze zwischen den Kapitalisten zu schaffen, wo solche bestanden, zu verschärfen, um sie im eigenen Interesse ausnutzen zu können, und glaubten, in Rußland einen Kapitalismus von Kommunisten Gnaden züchten zu können.

Doch sie sahen sich zunächst getäuscht. Die Kapitalisten ließen teilweise die Lockrufe der russischen Regierung unbeachtet, teilweise erwarben sie die Konzessionen, steckten sie aber in die Tasche und dachten nicht daran, sie auszuführen.

Diesen Bann durchbrach vor einigen Wochen Stinnes auf Krassins Vorschlag. Er schlug vor, einen gewaltigen englisch-amerikanisch-deutschen Konzern zu bilden, der die Aufgabe des Wiederaufbaues Rußlands habe. Das nannte er bezeichnenderweise „ein gewaltiges Geschäft". Die Engländer nahmen den Vorschlag mit Freuden auf. Nun brachten vor einigen Tagen die Londoner „Times" die Nachricht, daß Tschitscherin und Litinow in London erwartet werden, um über die Aufnahme der Handelsbeziehungen zu beratschlagen. Die Nachricht wurde um anderen Tags sofort dementiert. Dafür brachte aber der Pariser „Matin" die Meldung, daß ein Beauftragter Moskaus erst gehört werde, nachdem ein großes Finanzkonsortium für die Erschließung Rußlands geschaffen sei. Der habe dann aber weiter nichts zu tun, als auf Fragen Antwort zu geben und über Garantien zu verhandeln, die von Rußland verlangt werden.

Mit dieser Wendung der Dinge sind die Russen nun ganz und gar nicht zufrieden. Die Kapitalisten als Einzelpersonen wollen sie zwar gern bei sich haben, aber alle zusammen mit einem Male wird ihnen doch ein bißchen viel. Sie wollten gern ein bißchen mit dem Kapitalismus spielen, jetzt aber, da er sie mit Haut und Haaren zu verschlingen droht, bekommen sie es mit der Angst zu tun. „Die ich rief, die Geister, werd' ich nicht mehr los." Sorgenvoll schreibt Radek in der „Prawda":

„Zugleich mit der wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtung Deutschlands bemüht sich die englische Regierung, den Gedanken eines Finanzjunktiums Englands und Deutschlands mit nur scheinbarer Heranziehung Frankreichs zu fördern. Herrn Stinnes' Plan findet in London Anklang. Wenn England-Deutschland wirtschaftlich beherrschen wird, so wird selbstverständlich die sogenannte Zusammenarbeit des englisch-deutschen Kapitals im Ausland de facto nur in der Anknüpfung der Organisationsfähigkeit der deutschen Industrie und ihrer Kenntnis des russischen Marktes bestehen, mit dem Ziel, Rußland in eine englische Kolonie zu verwandeln. Frankreich wäre dann das fünfte Rad am Wagen. Wenn England als Beschützer Deutschlands auftritt, majorisiert es in dem Syndikat Frankreich, dessen Politik, was Rußland angeht, jeden Schatten der Selbständigkeit verloren hat. Wir haben nie aus dem Auge verloren, daß wir mit England, solange es der Hauptvermittler in allen Friedensfragen bleibt, rechnen und auch rechnen müssen, daß wir aber nun und den Strick um den Hals werfen, Preise diktieren und bei uns wirtschaften will, dann wollen wir doch noch sehen. Die englische Politik bedeutet das Ende französischer Politik gegenüber Rußland. Aber was Deutschland angeht, so wäre ein Einverständnis seiner Regierung mit der Verschiebung zwischen Stinnes und den englischen Kapitalisten nicht nur lagen die arbeitenden Klassen Rußlands, sondern auch gegen Deutschland gerichtet. Scheffer hat den Eindruck gewonnen, daß in Moskau die Bewegungsgrenzen der deutschen Politik unrichtig eingeschätzt werden. Er irrt sich. Ebenso wie wir Verständnis für die Heranziehung des englischen, französischen und amerikanischen Kapitals für Rußland und für die Selbständigkeit der Entente haben, ebenso verstehen wir Deutschlands Abhängigkeit von der Entente. Wir wissen, daß Deutschland sogar abhängiger ist als wir. Deutschland kann jeder eine Ost- noch eine Westpolitik führen. Deutschland hat keine Möglichkeit, mit dem Westen zu brechen. Die Frage ist jetzt die, ob Deutschland unter dem Druck seiner täglichen Sorgen jeder selbständigen Politik in der Zukunft entsagen, ob es auf eine selbständige Wirtschaftspolitik gegenüber Rußland in den ihm möglichen Grenzen verzichten will, die es später von dem Rohstoffbezug aus dem Westen unabhängig machen würde. Abgesehen von späteren politischen Möglichkeiten. Eines ist klar: Der Beschluß der deutschen Regierung und der Industriellen über Stinnes' englische Pläne wird zugleich für Rußland entscheiden, ob Deutschland als Subjekt der Weltpolitik für dieses in Betracht kommt. Das zu entscheiden ist nicht unsere Sache, sondern Sache der russischen Regierung ist es, sich vor dieser Verschwörung zu schützen." In dem gleichen Artikel heißt es, Rußland lasse sich weder das Schicksal der Türkei, noch dasjenige Chinas gefallen.

Die Russen erleben jetzt dasselbe Schicksal, das Schweizer und Lassalle um 1868 und die deutsche Sozialdemokratie während des Krieges erlitten. Lassalle und Schweizer glaubten damals, Bismarck überlisten zu können, indem sie mit ihm einer zusammenarbeiteten. Es kam natürlich anders. Bismarck benutzte Lassalle und Schweizer für seine Zwecke. Schweizer wurde lange Zeit infolgedessen als gekauftes Subjekt betrachtet. Bei Ausbruch des Krieges wollte so mancher Sozialdemokrat auch nur einen Verteidigungskrieg mitmachen, falls aber unsere sie gezwungen, wüßteste Annektionspolitik zu treiben. Genau so glaubten die Russen, die Kapitalisten zu überlisten und in ihren Dienst zu pannen. Noch vor einigen Wochen beklagte sich Zeitlitzerin bei dem von Radek zitierten Scheffer, dem Moskauer Berichterstatter des „Berliner Tageblatts", berichtet, daß der Tisch gedeckt sei, die geladenen Gäste aber nicht kommen wollten. Jetzt sehen die Russen mit Entsetzen, daß sie nicht die Kapitalisten überlisten, sondern sie von dem Kapitalismus mit Haut und Haaren verschlungen werden, und schreien jetzt Zeter und Mordio.

Es zeigt sich auch an Rußland, daß die Geschichte nicht auf den Kopf gestellt werden kann.

Die „Erfolge" der neuen Finanzpolitik in Oesterreich.

Banknotenmangel in Wien.

Wien, 28. Dezember. Die industriellen Betriebe in Wien und Umgebung werden aller Wahrscheinlichkeit nach am kommenden Sonnabend die Löhne nicht voll auszahlen können, weil die Notenbankdruckerei den großen Anforderungen nach oben nicht mehr nachkommen kann, so daß sich allgemein ein Bargeldmangel fühlbar macht. Infolge dieser Geldknappheit soll am Sonnabend den Arbeitern der Lohn teils in bar, teils in Bons ausgezahlt werden, die nach Neujahr eingelöst werden sollen. Die Gewerkschaftsführer bemühen sich, die Arbeiterschaft für diese Lösung zugewinnen, stoßen aber auf Schwierigkeiten. Man befürchtet daher für Sonnabend Unruhen.

Aus der Partei

Das auf dem Gründungsparteitag beschlossene Organisationstatut hat durch die verschiedenen Parteitage und Zentralausschußtagungen mehrere Veränderungen erfahren. Wiederholten Anfragen aus dem Reiche zufolge veröffentlichen wir das Statut in der jetzt gültigen Form.

Geschäftsführender Hauptausschuß.

1. Die Parteimitgliedschaft kann jede Person erwerben, die Programm und Satzung anerkennt.
2. Die KAPD. ist eine zentral aufgebaute Organisation. Die Partei baut sich auf Wirtschaftsbezirke auf, die vom Parteitag festgesetzt werden. Zwecks organisatorischer Durcharbeitung ist jeder Wirtschaftsbezirk in Ortsgruppen zu zergliedern. Die Zahl und die Art dieser Ortsgruppen bestimmt jeder Bezirk selbständig. Die Wirtschaftsbezirke beschließen ihre Organisationssatzungen selbständig, die sich im Rahmen der Gesamtpartei zu halten haben.

Für die praktische Organisationsarbeit im Reich und in den Bezirken ist erforderlich:

möglichst häufige persönliche Aussprache, Austausch der Referenten von Bezirk zu Bezirk, von Ort zu Ort, ein schneller, reichlicher Informationsdienst, von den Orten über die Bezirke zur Zentrale und umgekehrt, über politische, wirtschaftliche, militärische Tatsachen,

grundsätzliche Heranziehung aller Mitglieder zu bestimmten, ab und zu wechselnden Aufgaben, in Arbeitsgruppen, Kursen und dergl. (Betriebs, BO., Militär und Polizei, Propaganda, Jugend, Frauen, Arbeitslose, gegnerische Versammlung usw. — Kein Mitglied ohne Funktion!),

vorzügliche Ausarbeitung und Einteilung der Aufgaben im Augenblick einer Aktion,

Einteilung übergroßer Bezirke in kraft zusammengefaßte Unterbezirke,

sämtliche Funktionäre sind zur Funktionäre,

kraftvolle Zentralisation in allen Angelegenheiten der reinen Geschäftsführung, mit möglichster Verwendung der modernen Hilfsmittel.

3. Die Aufgaben des Wirtschaftsbezirkes sind: Propaganda, Durchführung der von der Partei beschlossenen Aktionen, sowie Einkassierung der Beiträge und Führung der Verwaltungsgeschäfte des Bezirkes.
4. Der Beitrag für die Hauptkasse beträgt pro Monat und Mitglied 1 M., die vom Wirtschaftsbezirk einzuziehen und an die Hauptkasse abzuführen sind. Für arbeitslose und kranke Mitglieder, denen die Ortsgruppe die Beiträge erläßt, bestehen der Hauptkasse gegenüber keine Verpflichtungen.

Die Höhe der Lokalbeiträge zu bestimmen, bleibt den Ortsgruppen überlassen.

5. Aus der Partei wird ausgeschlossen, wer gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Partei handelt. Ueber den Ausschluß entscheidet die Ortsmitgliederversammlung, bei Berufung die Delegiertenversammlung des Wirtschaftsbezirkes, in letzter Instanz der Parteitag.
6. Alljährlich findet mindestens ein ordentlicher Parteitag statt, der von der Zentralleitung einzuberufen ist. Auf Antrag von mindestens ein Drittel der bestehenden Wirtschaftsbezirke ist die Zentralleitung zur Einberufung eines außerordentlichen Parteitages verpflichtet.
7. Die Einberufung des ordentlichen Parteitages darf frühestens sechs Wochen nach der Zentralausschußtagung stattfinden und muß spätestens 4 Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben mit Angabe der provisorischen Tagesordnung den Wirtschaftsbezirken bekannt sein. Vom Datum der Einberufung bis zum Stattfinden eines außerordentlichen Parteitages müssen mindestens vier Wochen liegen. Der Eingang der Einladung der Beschickung des Parteitages ist von den Wirtschaftsbezirken zu bestätigen.

Anträge zu allen Parteitagen sind mindestens vier Wochen vor dem Parteitag bei dem Zentralausschuß einzureichen, der dieselben spätestens drei Wochen vor der Abhaltung des Parteitages den Wirtschaftsbezirken unterbreitet, dieselben müssen spätestens vierzehn Tage vor dem Parteitag den Wirtschaftsbezirken zugestellt sein.

8. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an denselben sind berechtigt:
   1. Die gewählten Vertreter aus den einzelnen Wirtschaftsbezirken, deren Anzahl nach Maßgabe der organisierten Genossen beschickt wird. Jeder Wirtschaftsbezirk hat jedoch das Recht, mindestens einen Vertreter zu entsenden.
   2. Die Redakteure und die Zentralleitung der Partei.
   3. Die Vertreter der Allgemeinen Arbeiter-Union.

   Stimmberechtigt auf dem Parteitag sind jedoch nur die aus den Wirtschaftsbezirken Delegierten der Partei, für welche gültige Mandate Vorschrift sind.

   Die Abstimmung erfolgt nach den in den letzten drei Monaten abgerechneten Beiträgen. Die arbeitslosen Genossen sind dabei entsprechend zu berücksichtigen.

   Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

   Die Beschlüsse des Parteitages sind für sämtliche Mitglieder der Partei bindend.
9. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:
   1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit der Zentralleitung.
   2. Bestimmung des Ortes, an welchem die Zentrale ihren Sitz zu nehmen hat.
   3. Die Wahl der Zentralleitung.
   4. Die Anstellung von besoldeten Parteisekretären.
   5. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
   6. Wahl eines Wirtschaftsbezirks, der aus seinen Mitgliedern einen Kontrollausschuß zur Kontrolle für Organisation und Kassenführung des Geschäftsführenden Hauptausschusses und der Wirtschaftsbezirksleitungen wählt.

   Die Kontrollkommission soll sich nicht an den Sitz des Geschäftsführenden Hauptausschusses befinden. Verantwortlich ist die Kontrollkommission dem Parteitag.

   Die Zentralleitung besteht aus je einem von den Wirtschaftsbezirken gewählten Delegierten und einem geschäftsführenden Ausschuß von neun Personen, der unmittelbar vom Parteitag mit Stimmenmehrheit gewählt wird. Die Mehrheit des Geschäftsführenden Ausschusses ist unbesoldet und muß aus Parteimitgliedern bestehen, deren Wirkungskreis möglichst in den nächstigsten Wirtschaftsgebieten liegt.

   Der Geschäftsführende Hauptausschuß hat mindestens monatlich einmal in einer Vollsitzung zu tagen; seine Mitglieder sind untereinander gleichberechtigt. Der Zentralleitung steht das Recht zu, vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung des Parteitages diese Mitglieder abzuberufen und durch andere zu ersetzen.

Eng zusammenhängend mit dem Organisationsstatut die Richtlinien über Pressefragen:

Richtlinien über Pressefragen und Herausgabe von Literatur.

1.

Für die Herausgabe von Literatur wird ein Verlag der KAPD. geschaffen. Seine Geschäfte liegen in den Händen des Geschäftsführenden Hauptausschusses der Partei. Alle von diesem Verlag herausgegebenen Schriften (ausschließlich „Proletarier") werden vertrieben von der Buchhandlung der Berliner Organisation.

2.

Ueber die Herausgabe von Broschüren durch die KAPD. entscheidet der erweiterte Zentralausschuß.

3.

Der Inhalt und die Schreibweise der „KAZ." ist im Rahmen und auf dem Boden des Programms und der Parteitagsbeschlüsse der KAPD. zu halten.

4.

Zu neu auftretenden Fragen ist in jedem Falle die Auffassung des erweiterten Zentralausschusses maßgebend, der monatlich bzw. bei Sichtdarwerden neuer Fragen sofort zu tagen hat.

5.

In der Zwischenzeit ist der Geschäftsführende Hauptausschuß berechtigt, Aufrufe zu plötzlich auftretenden Fragen in der „KAZ." zu veröffentlichen, und zwar unterzeichnet als Geschäftsführender Hauptausschuß.

Die politische Kompetenz der Zentralkörperschaften der Partei ergibt sich aus der Tatsache, daß die KAPD. eine zentral aufgebaute Partei revolutionärer Arbeiter ist.

Der Geschäftsführende Hauptausschuß sowie der Zentralausschuß können im Namen der Partei, nur dann in die Oeffentlichkeit treten, wenn es sich um eine Stellungnahme handelt, die in der alten Linie des Programms und der bisherigen Taktik liegt. In Fragen, in denen diese Körperschaften eine Aenderung der bisherigen Taktik für erforderlich halten und aus technischen Gründen eine sofortige Stellungnahme der Mitgliedschaft nicht möglich ist, können sie nur mit dem Namen der betreffenden Körperschaft nicht im Namen der Partei zeichnen.

Zu jeder derartigen Entscheidung sollen möglichst sämtliche Mitglieder dieser Körperschaft hinzugezogen werden. Beschlußfassung ist nur zulässig, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind.

Aus der Jugendbewegung

Kommunist. Arbeiter-Jugend Groß-Berlin

Montag, den 2. Januar 1922, pünktlich abends ½8 Uhr im Lokal „Zur Schlesischen Heimat", Neue Friedrichstraße 1

Delegiertensitzung.

Sämtliche Gruppen müssen bestimmt erscheinen.

Berliner Arbeitsausschuß.

Mitteilungen

1. Bezirk. Am Dienstag, den 3. Januar, abends 8 Uhr im Lokal Wedemeisterstraße 24 Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Neuwahlen der Bezirksleitung. 3. Verschiedenes. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht!

4. Bezirk. Am Donnerstag, den 5. Januar, abends 7 Uhr findet in der katholischen Schulaula Kritzstraße (Ecke Müllerstraße) eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Allgemeinen Arbeiter-Union statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.

Die Eintrittskarten zum 15. Januar müssen spätestens am 5. Januar abgerechnet werden. Hauptkassierer.

Ab Dienstag, den 3. Januar 1922 findet in den vier Mitteilungen der

Karte

ein Bezirk statt.

4., 5., 15. und 20. Bezirk, Norden: Kleine Schulaula, Müllerstraße Kritzstraße. Ueber proletarischen Staat.

1., 6., 7., 16., 17., 18. und 19. Bezirk Ohra: Steiner Allee 61 bei Bähr (Wurlsaner Platz). Historischer Materialismus.

2., 8., 9. und 10. Bezirk. Neukölln: Lokal von Schwartz, Fontanestraße 26. Ueber Programm und Taktik.

3., 11., 12., 13. und 14. Bezirk: Charlottenburg, Schulaula, Guericke Straße 32. Ueber politische und wirtschaftliche Revolution.

Die Karte berechtigt in allen Abteilungen, pünktlich abends ½8 Uhr. Aufnahme neuer Mitglieder.

Verantwortlicher Redakteur: Helland, Köpenick. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Werg-Kopier, Berlin Alexandrinenstraße 110.

Die Fackel

Zeitschrift für Kommunismus

Nummer 2 — Erscheint 2mal wöchentlich — Preis 50 Pf.

Die „VPZ." melden:

„Der preußische Minister des Innern, Severing, hat das in Berlin erscheinende Organ der KAPD., die „Kommunistische Arbeiterzeitung", für die Dauer einer Woche und die Wochenschrift „Der Kampfruf" für zwei Wochen, das heißt für die Zeit vom 27. November bis zum 10. Dezember einschließlich, verboten. Anlaß zu dem Verbot der beiden kommunistischen Organe ist ein „Aufruf an die Proletarier", in dem offen zur Gewalt aufgerufen wurde.

Außerdem soll nach § 130 der Reichsstrafgesetzbuches die gerichtliche Strafverfolgung in die Wege geleitet werden, da durch die beanstandeten Zeitungsaufrufe in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich aufgereizt werden.

Staat und Revolution.

Von W. Lenin.

Wir aber werden uns von dieser Bewertung der Sozialismus trennen, und werden für die Zerstörung der ganzen alten Staatsmaschinerie kämpfen, auf daß das bewaffnete Proletariat selbst die Regierung bilde. Es sind dies „zwei große Unterschiede".

Die Kritik des Entwurfes zum Erfurter Programm, die Engels am 29. Juni 1891 Kautsky übersandte, die erst vier Jahre später in der „Neuen Zeit" veröffentlicht wurde, kann beim Studium der Marxschen Lehre vom Staat nicht übergangen werden, da sie hauptsächlich der Kritik der opportunistischen Ansichten der Sozialdemokratie über die Staatseinrichtungen gewidmet war.

Wir bemerken nebenbei, daß Engels in bezug auf die wirtschaftlichen Fragen gleichfalls einen überaus wichtigen Fingerzeig gibt, der beweist, wie aufmerksam und durchdacht er die Formänderungen des modernen Kapitalismus verfolgte, und wie er es daher verstanden hat, die Aufgaben unserer imperialistischen Epoche bis zu einem gewissen Grade vorauszusehen. Hier der Hinweis: In bezug auf das Wort „Planlosigkeit", das im Programmentwurf zur Kennzeichnung des Kapitalismus angewendet wurde, schreibt Engels:

„Wenn wir von Aktiengesellschaften übergehen zu den Trusts, die ganze Industriezweige beherrschen und monopolisieren, so hört da nicht nur die Privatproduktion auf, sondern auch die Planlosigkeit." („Neue Zeit", 20. Jahrgang 1901—1902, Band 1, Seite 8.)

Hier ist gerade das Grundlegende der theoretischen Bewertung der neuesten Phase des Kapitalismus herausgegriffen, nämlich der Imperialismus, die Tatsache, daß der Kapitalismus sich in einen monopolistischen Kapitalismus verwandelt. Das letztere muß besonders hervorgehoben werden, denn der verbreitete Fehler ist die von bürgerlich-reformistischer Seite aufgestellte Behauptung, der monopolistische oder staatsmonopolistische Kapitalismus sei schon kein Kapitalismus mehr, er könne bereits als „Staatssozialismus" u. a. m. bezeichnet werden. Eine vollkommene Planmäßigkeit ergaben die Trusts natürlich nicht und können sie auch bis auf den heutigen Tag nicht geben. Soweit sie diese Planmäßigkeit geben, soweit die Magnaten des Kapitals im voraus den Umfang der Produktion berechnen, ihn in nationalen oder gar internationalen Maßstäbe festlegen, bleiben wir trotz alledem im Kapitalismus, obgleich in einem neuen Stadium, aber unverkennbar in einem Stadium des Kapitalismus. Die „Nähe" eines solchen Kapitalismus zum Sozialismus müßte für wirkliche Vertreter des Proletariats ein Argument bilden für die Nähe, Leichtigkeit, Durchführbarkeit, Dringlichkeit der sozialistischen Revolution, unter keinen Umständen aber als Argument zur toleranten Duldung einer Verweigerung dieser Revolution und zur Beschönigung des Kapitalismus, wie dies bei allen Reformisten der Fall ist.

*) Daher wir den Gründen nachführen, die zu dem aufgezeichneten „kommunistischen" Kriegsspiel führen wollen wir erst einmal den Lenin von 1921 dem von 1917 gegenüberstellen.

Wer nicht hören will — muß fühlen!

Sieben Jahre Erfahrungen liegen hinter uns. Sieben Jahre hat die deutsche Arbeiterschaft die Wirkungen der Todestreise des Kapitals über sich ergehen lassen, Verheerungen der fürchterlichsten Art.

Das Proletariat glaubte an den kapitalistischen Frieden, trotzdem sich dieser kapitalistische Friedensvertrag in einen Kriegsvertrag gegen das Proletariat verwandeln mußte und verwandelt hat.

Trotzdem der kapitalistische Frieden bedeutet Fortsetzung des Krieges gegen das Proletariat mit anderen Mitteln.

Wer sind diese anderen Mittel? Das ist der parlamentarische Betrug, das ist die „gewerkschaftliche Disziplin", die man gebraucht, um die wirklich realen Kräfte zu verbergen, um einen Schleier darüber zu breiten, damit das Proletariat seinen Feind nicht sieht.

Damit man den Klassenkampf des Proletariats in Bahnen lenkt, die vom wirklichen Ziel abführen. Damit das Proletariat um Illusionen kämpft und somit seine Kraft vergeudet, um sich selbst zu schwächen, was gleichbedeutend mit praktischer Hilfe für den Klassenfeind, für das Kapital ist.

Die deutschen Proleten demonstrierten gegen den „Oberschlesienverrat", trotzdem ihnen dieser „Raub" die Fabriken nie gehörten. Denn was ist daraus geworden? Oberschlesien war nur ein Streitobjekt des internationalen Kapitals. England lieb den deutschen Selbstschutz aufmarschieren und Frankreich den polnischen Selbstschutz. Und während das internationale Kapital durch blutige Exzesse seinen Profit in Sicherheit bringt, singen die deutschen Proleten patriotische Lieder.

Die deutschen Proleten ließen sich vorreden, daß deshalb die „Baluta" sinkt, während die deutschen Kapitalisten riesige Geschäfte machen und das ausländische Kapital billige Produktionsmittel in Deutschland aufkaufen konnte. Während so das kapitalistische Deutschland internationalisiert wird. Der Ausverkauf, bei dem die deutschen Proleten so eifrig halfen, ist jetzt beendet. Jetzt sitzen die internationalen Geschäftsleute wieder zusammen.

Stinnes, Rathenau usw. sind in London. Das internationale Kapital braucht für die deutsche Abteilung Rohstoffe. Diese können jedoch nur geliefert werden, wenn die „Mark" steigt, damit der Profit gesichert bleibt. Die deutschen Proleten lassen sich nun von ihren Gewerkschaftsbonzen wieder vorreden, daß dies eine „Gesundung" bedeutet auch für die Arbeiter.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" sagt, was ist. In der Nummer vom 2. Dezember, Morgenausgabe, heißt es:

„Fallende Baluta wirkt exportfördernd, dagegen hemmt die steigende Baluta die Ausfuhr. Die Beschäftigungsmöglichkeit der Industrie geht zurück, das Arbeitslosenproblem nimmt sofort schärfere Formen an. Aber Krisen müssen schließlich durch Krisen überwunden werden."

Wer bei dieser steigenden „Baluta" wieder das Karnickel ist, dürfte somit selbst den deutschen Arbeitern klar sein. Sie werden, wenn die Mark steigt, auch „steigen" — auf die Straße. Die deutschen Proleten haben aber auch eine Regierung, in der sie durch ihre Obergenossen vertreten sind. Die sagt zu diesen Dingen folgendes laut „B. Tabl." vom 1. Dezember, Abendausgabe:

„In Regierungskreisen wird uns erklärt, daß es der Regierung zurzeit noch unmöglich sei, positive Mitteilungen über alle die wirtschaftspolitischen Vorgänge zu machen, die anscheinend den großen Umschwung an der Börse verursacht haben. Die Herren Stinnes und Rathenau sind nicht im Regierungsauftrage nach London gefahren. Das Kabinett ist also nicht an irgendwelchen Verhandlungen beteiligt, ist auch nicht über den Stand der Dinge völlig unterrichtet, da alles noch in der Schwebe ist. Augenblicklich liegt alles gewissermaßen auf dem Draht zwischen London und Paris, und die deutsche Regierung kann daher noch nichts sagen. Beschlüsse konnten infolgedessen auch noch nicht gefaßt werden."

Und von dieser Regierung, die selbst erklärt, daß sie nur der Kuli des Großkapitals ist und weiter nichts tun kann, als neue Zuchthausgesetze für das Proletariat zu fabrizieren, lassen sich die Proletarier veralbern mit der „Erfassung der Sachwerte".

Das internationale Kapital wird weiter auf Kosten des Proletariats seine Profite zu sichern wissen, so lange, bis das Dasein für die Arbeiterklasse einfach unerträglich wird, bis sie begreift, daß nur der gewaltsame Sturz des Kapitals und die Aufrichtung des proletarischen Rätestaates eine Rettung sein kann.

Und solange die Arbeiterschaft dies nicht begreift, wird sie den Verheerungen des Kapitals ausgesetzt sein, und die Gewerkschaften werden dabei die Rolle der Dompteure spielen. Jedoch:

Wer nicht hören will, muß fühlen.

Doch wenden wir uns der Frage vom Staate wieder zu. Wertvolle Hinweise dieser Art liefert bei Engels: erstens zu der Frage der Republik, zweitens zur Frage des Zusammenhanges zwischen Nationalitätenfrage und Staatsformung, drittens zur Frage der lokalen Selbstverwaltung.

Was die Republik anbelangt, so hat Engels sie zum Schwerpunkt seiner Kritik am Entwurf zum Erfurter Programm gemacht. Denkt man an die Bedeutung des Erfurter Programms in der ganzen internationalen Sozialdemokratie zurück, da es zum Muster für die gesamte Zweite Internationale wurde, so kann man ohne Uebertreibung sagen, daß Engels hier am Opportunismus der gesamten Zweiten Internationale Kritik geübt hat.

„Die politischen Forderungen des Entwurfes", schreibt Engels, „haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt werden sollte, steht nicht drin." (Bei Engels gesperrt gedruckt.)

Weiter wird erklärt, daß die deutsche Verfassung im Grunde ein Abklatsch der reaktionären Konstitution vom Jahre 1850 ist, daß der Reichstag nach einer Beziehung Liebknechts nur das Feigenblatt des Absolutismus" sei, daß auf Grundlage dieser Verfassung und der von ihr sanktionierten Kleinstaaterei und auf Grundlage eines Bundes der deutschen Kleinstaaten die „Umwandlung aller Arbeitsmittel in Gemeineigentum" vornehmen zu wollen, „augenblicklich sinnlos" wäre.

„Daran zu taxten, ist aber gefährlich", sagt Engels hinzu, der genau weiß, daß man in Deutschland im Programm nicht die Forderung nach Einführung der Republik erheben durfte. Engels gibt sich mit dieser offensichtlichen Erwägung, die „Allen genügt", nicht zufrieden. Er fährt fort: „Und dennoch muß so oder so die Sache angegriffen werden. Wie nötig das ist, beweist gerade jetzt der in einem großen Teile der sozialdemokratischen Presse einreißende Opportunismus. Aus Furcht vor einer Erneuerung des Sozialistengesetzes, aus der Erinnerung an allerlei unter der Herrschaft jenes Gesetzes gefallene voreilige Aeußerungen soll jetzt auf einmal der gegenwärtige gesetzliche Zustand in Deutschland der Partei genügen können, als ihre Forderungen auf friedlichem Wege durchzuführen . . ."

Daß die deutschen Sozialdemokraten aus Furcht vor einem neuen Ausnahmegesetz handelten, wird von Engels an erster Stelle hervorgehoben, was er ohne alle Umschweife als Opportunismus bezeichnet und gerade wegen des Fehlens einer Republik und der Freiheit in Deutschland die Träume vom „friedlichen" Wege für „augenscheinlich sinnlos" erklärt. Engels ist vorsichtig genug, sich nicht die Hände zu binden. Er erkennt an, daß in Republiken oder in Ländern mit weitgehender Freiheit man sich vorstellen kann (bloß „vorstellen") eine friedliche Entwicklung zum Sozialismus. Aber in Deutschland, wiederholt er:

„In Deutschland, wo die Regierung fast allmächtig und alle anderen Vereinigungskörper ohne wirkliche Macht, in Deutschland so etwas proklamieren und noch dazu ohne Not, heißt das Feigenblatt

dem Absolutismus abnehmen und sich selbst vor die Bühne binden . . ."

Die überwältigende Mehrheit der offiziellen Führer der deutschen sozialdemokratischen Partei hat denn auch den Absolutismus verdeckt und den Ergebenheitsfinkel unter das grüne Tuch gestreift.

. . . . . Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen. Man schickt allgemeine, abstrakte, politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich in entscheidenden Moment ratlos ist, daß über die entscheidendsten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind . . ."

„Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag „ehrlich" gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der „ehrliche" Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen."

Betrogene Betrüger.

Nachdem die „drei sozialistischen Parteien" eine Zeitlang die Massen trösten und so diese konterrevolutionäre Dreieinigkeit zu einer sämtlichen Landplage geworden war, ist plötzlich ein großer Streit ausgebrochen. Der Grund des Streites liegt darin, daß jede von den drei Teilhaberinnen, deren Geschäft der Massenbetrug ist, darauf ausging, die andere auszuschaffen, für die Schafe wegzufangen. Es wird nun niemanden wundern, daß bei diesem Geschäft jeder zusieht, den Konkurrenten, der er trotz alledem bleibt, denn der Geschäftszusammenschluß hatte ja nur den Zweck, den anderen zu übertölpeln, unschädlich zu machen.

Der Zweck des Zusammenschlusses — es handelt sich um die Firmen SPD., USP. und KPD., nur, darüber dürfte wohl kein Streit sein, die Schaffung einer sogenannten „sozialistischen Regierung". Den ersten Versuch, ihre Position zu verstärken, unternahm die KPD. bei der „Amnestiefrage". Daß die KPD. nicht den Willen hatte, etwas zu tun, darüber ließ sie ja auch selbst keinen Zweifel, denn ihre Forderung lautete (man lese die „Rote Fahne" vom 22. November): einen halbstündigen Generalstreik zur Befreiung der politischen Gefangenen. Aber darauf kam es auch gar nicht an. Es kam vielmehr darauf an, die SPD., die offen sagte, daß sie das nicht wolle, ob ihrer konterrevolutionären Ehrlichkeit zu „entlarven". Bei diesem Spiel bekam mal die „Bannertragerin" auf seine Seite, die auch lieber die Komödie mitspielte, als ihre wahre Gesinnung zu offenbaren. Kein Wunder, daß darob der KPD. mächtig der Kamm schwoll. Sie ging sogar in ihrem Größenwahn so weit, sich als „Führerin" aller „Arbeiterparteien" aufzuspielen, während es nach ihrer Ansicht vorher überhaupt nur die „drei" gab. Die Firma SPD. war nun mit ihrer Geduld zu Ende und kam mit einem ganzen Sack voll „Enthüllungen" aus der Mäzenatien ans Tageslicht. Etwas Neues sind jedoch weder die „Enthüllungen" noch die Wirkung, die dieselben auf die KPD. hatten.

Die Enthüllungen sind dieselben, als die, die man durch die Broschüre „Brandlers Hochverratsprozeß" schon weiß und auch durch das Einkämpfen derselben nicht aus der Welt schaffen kann. Brandler sagte, daß überall da, wo die Zentrale eingegriffen hat, sie es tat, um den Aufstand zu verhindern, trotzdem man auf der anderen Seite zum Aufstand aufforderte. Das bedeutet in der Praxis, daß man den Kampf, zu dem man selbst aufforderte, auf der anderen Seite unmöglich machte. Man wollte als bürgerlich-parlamentarische Partei einmal richtig „revolutionär" handeln und dies zu gleicher Zeit vor dem Parlament verantworten. Man schwankte zwischen Parlament und Putsch. Das Wesen der KPD. war grenzenlose innerliche Verlogenheit, die sich bis heute noch gesteigert hat.

Daher die Wirkung der „Enthüllungen". Besoffen mit dem schlechten Gewissen, haben diese Helden weiter nichts zu tun, als von neuem von den unerschrockenen Revolutionären abzurücken. Von neuem ihre „Fehler" eingestehen, man lese nur die „Rote Fahne" vom Dienstag, den 29. November, Morgenausgabe: „Warum gerade jetzt das wüteude Geschrei über Fehler einzelner Kommunisten, Fehler, die längst von der Partei selbst gerügt und korrigiert sind?"

Von neuem „Erklärungen", die diese „Enthüllungen" noch bestätigen. Von neuem das Versprechen, vernünftig zu werden. Von neuem offenbart man seine Feigheit und Verlogenheit. Feigheit vor der Verantwortung, indem man weiter nichts zu tun hat, als Anklage zu erheben gegen die Denunzianten, und die KPD. hat selbst revolutionäre Arbeiter, Ulzelmann usw., als Spitzel denunziert, um sie so unschädlich zu machen. Verlogenheit dadurch, daß man nichts weiter zu tun hat, als den Proletariern vorzuschwätzen, was man auch selbst nicht glaubt, nämlich, daß eine „Einheitsfront", deren Fundament die Gewerkschaften bilden und deren Hutträger solche Kammergesinnten sind, aus diesem Sumpf, aus diesem Morast herausführen könnte.

Die revolutionären Arbeiter, die im März ihr Leben einsetzten und von denen alle abrückten, wenden aus der Vergangenheit lernen. Die Bourgeoisie zitterte vor den Mitteln, die in Mitteldeutschland angewandt wurden, und auf den aufgeschnappten Spießergesichtern war zu lesen: Bis hierher war es erträglich, bis jetzt war das Proletariat ungefährlich, jetzt scheint es ernst zu werden. — dies gilt es festzuhalten.

Das Proletariat wird aus den Erfahrungen, die es machte mit jenen Burschen, lernen, es wird System hineinbringen und wird zum Schreden der Bourgeoisie, die Kampfmittel, die das mitteldeutsche Proletariat anwandte, mit Erfolg anzuwenden wissen, anwenden müssen, dafür wird schon der Kapitalismus selbst sorgen.

Eine Gewähr, daß dabei die eigenen Klassengenossen nicht die Opfer ihrer eigenen Brüder sind, ist aber nur gegeben, wenn es alle parlamentarischen Schwätzer und gewerkschaftlichen Zutreiber entfernt, wenn sich die revolutionären Arbeiter bewußt werden, daß der gewaltsame Sturz des bürgerlichen Staates und die Aufrichtung des proletarischen Staates die Vorbedingung ihrer Befreiung ist.

Hunger-Aufstände.

Die schlesischen Weber.

Den neuen Massenproletariat fehlten alle geistigen Waffen zu Schutz und Trutz. Es war kein Kapital erhanden, je nach Bedarf aber auch nur Hunger, die Hände konnten auch Pfeifen zu werfen, aber es war der Arbeit nicht gedankt, Schlag mit Schlag zu vergelten. Die Arbeiter zu drücken versuchten, um ihre Lebenshaltung zu erhöhen, wie einmal die Bauernkrieger in Bezug aber ein anderes die Eisenbahnarbeiter in Brandenburg, da schlug der Staat der Polizei hin nieder. Die bedürftigste Rechtslosigkeit bei Proletariat war ein Rechtsbrief des christlichen Staates, an dessen Verwirklichung die deutschen Kaufmänner und Industrielle bei Preußen mit blindwütigem Eifer arbeiteten.

Glück bei Brotes! Selbst man die hungerndem Massen mit guten Ratschlägen ab. Man empfahl den fröhlichen und nachtlichen Webern zur Unterguna zu Eisenbahn, Straßen- und nachtigen Arbeiten, zu denen ein herkömmlicher Körper gehörte. Man schüttelte den Kopf über den deutschen Stumpfsinn, nennt die von Rinderbeinen an abgemarkten Hauptstadtbeinen sich an die von ihnen Bitter verdient, Angst verdienen Arbeitsmöglichkeiten Kaufmänner, ohne den Gegen der Maschinen zu begreifen, die damit begann, ihnen das letzte Stück Brot aus der Hand zu schlagen. Man rief den an die Gesetze gefesselten Handproletariern die Notwendigkeit an, und man sich dabei unerhöhlich weise vor, obgleich dieser Rat so sinnlos wie Kinderlisse war. Denn vor in den unerbrechlichen Kreisen den Glaub dieser Bäuerlichkeit liegend von den Schicksal schaffen bedeutet, der ist es schon mehr als gern auch seinen Glauben. Zu den vierziger Jahren fing die Lust der deutschen Nahrungsbrot auf 454 000.

In dem jungen Proletariat selbst brauchte nach kein Raum Klassenbewußtsein erwachen. Es war eine in sich sehr verschiedene Masse, und, beliebt vom Stand in der Abgrund, verwandte es Abertausend nicht zu erkennen, daß seine Not tiefstens begleitet war an Interesse der herrschenden Massen, und daß sie nur an Kampfe mit diesen Interesse gehalten werden konnte. Es suchte sein höchstes Heil, daß ihm unbewußter Schicksal, im Kampfe zu vergessen. Einen Ausgang hatte die neue Ordnung der Dinge allerdings auch für die Armen: den Kartoffelschnaps lieferte sie hochwertig. Die Bauernkriegen hatte noch die Hoffnung bei Proletariat von Übergangen, wo sie ausdrücken, daß in die christlichen Jahrhundertzeiten, wo sie ein paradiesisch lustiges Schlaraffenleben noch unendlich Kaufmänner wurde. Andere Wandung auch durch Gottes Fügung, daß dies letzte Mittel, aus dem Menschen ein Tier zu machen, zugleich ein erhob Mittel war, die stählern Ketten von Thron und Altar zu sprengen!

Deutsch wurde die letzte Stufe des Niedergangs zugleich die erste Stufe der Aufgangs. Der moderne Proletarier läßt sich nicht gemeinen Kaufmänner, und wo sich dieser gemeinsam Kampf für immer zu befriedigen droht, so findet auch der Schandfleck auch einen Stachel gegen seine Peiniger. Um die Mitte der vierziger Jahre, und mit den wachsenden Notjahren machtend, Kindigkeit sich in gemeinsamen Tumulten die Vorboten der Revolution an. Es waren Hungerunruhen, die plötzlich und gleichsam aufbrachen. Letzen rotter Verzweiflung, die zu nichts führen konnten und zu nichts geführt haben, als zum Verderben ihrer Urheber und Leidenden. Denn der deutsche Staat hatte den Schatz und Brot gestimmt bei bewaffnetgroßer Gewalt entgegengegangen: erstens Infanterie, Kavallerie und Artillerie, zweitens Schwarzerkeil, Zuchthaus und Polizeigefängnis. Aber diese Tumulte erstreckten sich über ganz Deutschland, von Breslau bis Mainz, von Magdeburg bis Stettin, und sogar bis in das entlegene Hinterpommern; in ihrem elendigen Hervorbrechen waren sie ein beredtsames Zeichen dafür, daß die proletarischen Massen sich ihrer Rechtes auf die menschenwürdige Existenz bewußt zu werden begannen. Der größte dieser Hungerunruhen spielte sich im Juni 1844 in den schlesischen Webern bei Peterswaldau und Langenbielau zu Fuße des Eulengebirges ab. In Peterswaldau hatten sich die Schlesischen Zusammen versammelt gemacht. Für 100 Elleu Barchent, das soll volle Tage ausgebrauchte Arbeit erforderte, gezahlt sie 12½ und 12 Silbergroschen Lohn. Mit dieser Entgeltung noch nicht zufrieden, erklärten sie sich bereit, 200 Meter mehr in Arbeit zu nehmen, falls dieses ebenfalls für 10 Silbergroschen arbeiten wollten. Sie fanden auch halbe noch bereite Hände. Auf die Klage dieser Verarmten, daß sie nun gar nicht mehr bestehen und schon nicht mehr Zuchtbrot kaufen könnten, soll Bezweiger antwort haben, die Weber möchten noch für eine Quartbrotsche arbeiten müssen, aber auch die Weber möchten nun, wenn sie nichts anderes hätten, Brot fressen, das sei genug möglich gewesen. Dabei trugen diese erbarmungslosen Bezweiger ihren Reichtum protzig zur Schau; sie besaßen ihre Dörfer durch hoches Pferdeen und hohe Gestüte, daß sie auch dem Mut und Schmuck der Reichen gefunden.

Die Weber waren der Gewalt entzung sich ein Stich, dessen schlechte und hoffnungslose Preise organisierten unterstützungen, und ihren ruhigen Zorn gewandte in ihrem unbändigen Zuchtmut. Die Mahle gefüllt sich bei Stich, die wilden Mord an Mord, Brand an Brand, bis der Tod dann unerbittlich erlösend, gerade wie der Kampf der Weber durch die bewaffneten Gewalt des Militärs plötzlich niedergeworfen wurde. Und kam nicht als gewaltig Strafen des Schlesischen Kampf ab Hungerunruhen:

Hier im Ort ist kein Gerichte,
Wist schlimmer als die Hunden,
Wo man nicht mehr ein Urteil spricht,
Das Leben schnell zu nehmen.

Hier wird der Mensch langsam gequält,
Hier ist die Folterkammer,
Hier modern Kerker mit gepfählt
Mit Bergen von dem Jammer.

Die Herren Hungriger die Herrer sind,
Die Diener ihr Schergen,
Dauern ein jeder ihrer schlaft,
Anstatt was zu verbergen.

Ihr Schreiben all, ihr Satanskind,
Ihr höllischen Rotten,
Ihr frißt der Armen Hab und Gut,
Und Fluch wird Euch zum Lohne!

Hier hilft kein Bitten, hilft kein Flehen,
Unglaub sind alle Klagen;
Gehnt's euch nicht, so kommt ihr gehen,
Von Hungertode nagen!

Nun denkt man sich hier Rat
Und Gleich dieser Armen,
Zu Hause kinen Bissen Brot,
Ist das nicht zum Erbarmen?

Erbarmen? Ha, ein schöne Gefühl,
Auch Barmherzigkeit heraus;
Ein schöner Mann schon ener Stuf:
Es ist der Armen Hand und Haubt!

Die Weber von Peterswaldau, einst Dorfes von tausend Einwohnern, sangen das Lied wiederholt vor Hungerigen Hause ab. Einer von ihnen wurde ergriffen, und Hand gemacht, hinausgeschafft und der Dorfpolizei überliefert. Da trat am Nachmittag des 4. Juni der Strom über seine Ufer. Eine Schar Weber zog nach Peterswaldau und den benachbarten Kapellendorf, wollten sich vorerstes und stachen auf das prächtige Wohnhaus ihres Dorfes los. Die anderen schlugen Fenster und die Gerätschaft. Unter Hohn und Spott wurde ihr Forderung abgeschlagen. Nun stürmte die Menge das Haus, erbrach alle Kammern, Gemächer, Büden und Keller, zerschmetterte die kostbaren Möbel, Gläser, Porzellane, zerriß die Bücher, Wäsche und Papiere, hängte im Vorhaus, im Treppenhaus, in den Kemnitzer die Bücher und Waren zum Fenster hinaus, wo sie zerrissen, zerhackt, mit Füßen getreten oder an die Hofkehrichtmist geworfen. Hungriger Plünderer in Zuhausgang mit jener Familie von Stadt zu Stadt, heute hier bei wohlsituierten Hofe schwärzeren wurde, bis er endlich in Berlin einen Unterschlupf fand.

[1] Red.: „Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" von Franz Mehring.

Die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands (Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin)

veranstaltet am 15. Januar 1922 eine

Gedenk-Feier

zur Erinnerung der gefallenen Klassenkämpfer in der „Sophiensäle", Klosterstraße.

Mitwirkende: Gemischter Chor, Groß-Berlin
Chormeister Herr Scherchen
Ernst Friedrich, Genossin Göpfert-Leipzig.

Eintrittskarten zu 5 Mk. sind bei allen Funktionären zu haben.

Der Überschuß ist für die politischen Gefangenen bestimmt.

Politische Rundschau.

Die Internationale des Kapitals.

Ein Interview mit dem Sowjetvertreter.

Ein Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, Herr Krestinski, gab dem Vertreter der „Telegraphen-Union", Freiherrn von Mehem, folgende Ausführungen über eine Reihe wirtschaftlicher und politischer Fragen Sowjetrußlands.

I. Die Konzessionen.

Der deutschen Industrie und dem deutschen Kapital eröffnen sich nicht nur in Sowjetrußland, sondern auch in den mit Sowjetrußland eng verbundenen Sowjetnachbarstaaten, nämlich der Ukraine und den kaukasischen Staaten, große Betätigungsmöglichkeiten durch die Erwerbung von Konzessionen und durch Warenlieferungen. An Konzessionen kommen in erster Linie landwirtschaftliche in Betracht, die auch den größten Nutzen zu geben versprechen. Es können größere Landflächen zur Ausnutzung vergeben werden, die mit eigenen Maschinen des Konzessionsinhabers bearbeitet werden müßten. Ein Teil der Erträge soll als Naturalabgabe an die Sowjetregierung gehen, nach Ablauf des Pachtvertrages wird die Sowjetregierung dann das Material nach Maßgabe der Konzessionsbedingungen übernehmen. Derartige Konzessionen können vergeben werden im Wolgagebiet, in Sibirien und Südrußland. In Betracht kommen ferner Bergwerkskonzessionen zur Ausbeutung von Kohle, Metallen, Graphit, Asbest usw., sowie Naphtha im Uralgebiet, Sibirien, der Ukraine, im Kaukasus und am Kaspischen Meer. Ferner sind Waldkonzessionen zu erwerben in Nordrußland, Sibirien sowie Westrußland. Außer diesen Konzessionen, die naturgemäß vorwiegend für Angebote großer Bank- und Industriekonzerne in Betracht kommen, können auch Konzessionen zur Gründung neuer Industriewerke oder Verpachtung bereits bestehender vergeben werden, bei denen auch kleinere Unternehmungen in Frage kommen können. Die deutsche Industrie wird endlich durch den Verkauf ihrer Fertigfabrikate an die Sowjetregierung Geschäfte machen können.

„Die Sowjetemissare".

Auf die Frage, inwieweit die neuerlich kursierenden Gerüchte über die Tätigkeit der sogenannten „Sowjetemissare" in Deutschland zutreffend sind, äußerte sich Herr Krestinski folgendermaßen: Diese Gerüchte sind Augenmärchen, die mehrmals in einwandfreier Weise widerlegt worden sind. Trotzdem suchen sie wieder auf als Kampfmittel gewisser Kreise aus Sowjetrußland. Die russische Regierung sowohl als ihre Vertretung hier denkt nicht daran, sich irgendwie in die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands einzumischen. Für jeden ernsten Politiker ist es klar, daß die jetzige Gärung in der deutschen Arbeiterschaft ihre Wurzeln in den momentanen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen des Deutschen Reiches hat. Den deutsch-russischen Beziehungen aber können Lügen über Sowjetrußland nur schaden, wie sie auch jetzt anläßlich der jüngsten Unruhen in Deutschland verbreitet werden. Die Sowjetregierung in Moskau und ihre Berliner Vertretungen haben selbstverständlich nicht das Geringste mit diesen Arbeiterunruhen zu tun, die wohl auch mit der augenblicklichen ökonomischen Lage Deutschlands zusammenhängen. Dem Rätesystem der letzten Tage liegen im Zusammenhang mit den guten deutsch-russischen Beziehungen meiner Ansicht nach antirussische Tendenzen zugrunde. — Herr Krestinski fing sodann auf einige gestellte politische Fragen an.

Vielleicht entsinnen sich die Proleten der Parole noch, die da lautete: „Bündnis mit Rußland" und: „Tretet an euren Unternehmer heran, veranlaßt ihn, daß er Maschinen liefert nach Rußland zu billigen Preisen. Ihr könnt Tag und Nacht arbeiten. Es gilt, ein Werk zu tun, das beiden Teilen nützt!" . . . Vielleicht denken die Proleten auch einmal noch über die Parole „Schutz der Republik!" Staatskapitalismus, „der im Interesse der sozialen Revolution gelegen ist". Vielleicht denken die Proleten auch einmal daran, was in ihrem Interesse gelegen ist, sonst wird man ihnen eines schönen Tages vorreden: Ihr müßt länger arbeiten, ihr müßt billiger arbeiten, damit der deutsche Kapitalismus an den russischen Lieferungen recht viel verdient. Im Interesse der Weltrevolution.

Zum Berliner Elektrikerstreik.

Die „Sozialistische Korrespondenz" schreibt zu dem Streik wie folgt:

„Aus einer Lohnbewegung der kaufmännischen Angestellten der städtischen Werke hat sich wieder einmal in Berlin ein Streik entwickelt. Das Elektizitätswerk gibt kein Licht und seine Kraft mehr, die Straßenbahnen fahren nicht mehr, die Zeitungen müssen morgen ausfallen zu erscheinen, die gesamte Industrie muß trotz Hochkonjunktur feiern, und dem kleinsten Krämer wird das dicke Weihnachtsgeschäft verdorben. Wir sind nicht berufen, darüber zu richten, ob der Berliner Magistrat mit seiner sozialistischen Mehrheit oder die in Frage kommende Seite des Zentralverbandes der Angestellten im Recht. Aber wir wissen das eine: je öfter sich solche Streiks wiederholen, desto sicherer wird die bürgerliche Mehrheit in Berlin machen, desto aussichtsloser wird der Kampf der Sozialisierung, und desto ausgezeichnete die Pläne des Herrn Stinnes für Ausnutzung der öffentlichen Unternehmungen an das Privatkapital. Und diese Gefahren scheinen uns wesentlich größer zu sein als der Kampf um eine prozentualistisch geringfügige Gehaltsaufbesserung."

Daß diese Beute mit solch brutaler Offenheit die Proleten verhöhnen, zeigt, wie stark sie sich noch fühlen. Und ihre Stärke ist — die Schafsgeduld und die Schlafmützigkeit der Arbeiter selbst.

Solange die Proletarier nicht begreifen, daß ihr Schicksal in ihrer Hand liegt, solange sie nicht begreifen, daß der kapitalistische Staat nur auf Kosten des Proletariats weiter bestehen kann, solange das Ziel des proletarischen Klassenkampfes nicht der Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist, so lange werden sie im Höchstfalle eine „sozialistische Mehrheit" in Staat und Kommune bekommen, bei der sie, wie Figura zeigt, noch mehr hungern können, als sie bisher gehungert haben.

Ein interessanter Zwischenfall im Staßfurter Kommunisten-Prozeß.

Im Laufe der Verhandlung am 28. November vor dem Reichsgericht kam der Staßfurter Kurrak und Genossen zur Aussage. Nach der Verwarnung sagte dieser Zeuge aus, wie Mittelstandsvertreter Angestellte in seinem Hause vor sich gegangen sein sollte. Da er angab, sich bei seinen Gedächtnis nicht mehr genau zu erinnern, so wurde ihm das Protokoll der Voruntersuchung vorgelesen. Dem Polizeibeamten befragt, ob er die dort gemachten Angaben, als die seinen, dem wahren Sachverhalt entsprechend, anerkenne, antwortete er mit „Ja". Nun erhob sich der Verteidiger Schwer beschwerde ungeheuer Gewalt erregt und behauptete, diesen Zeugen, trotz Gehirnschlag in dieser Sache, während der Beschlagnahme unter gesehen noch gesprochen zu haben. Nun erklärte der Zeuge, daß er ihm nur mitgetheilt, was ihm ein Bruder erzählt habe, der auch die Aussage vor dem Untersuchungsrichter gemacht habe.

Also ein Zeuge schwört auf die Aussagen eines anderen. — — Kommender Meineidsfall.

„Auf der Flucht erschossen!"

Am 1. Dezember ist der Arbeiter Lobse im Polizei-Präsidium „auf der Flucht" erschossen worden.

Die Untersuchung ergab, daß die Beamten genau ihren Instruktionen gehandelt haben.

Solange die Proletarier nicht von der Bourgeoisie lernen und „sich nicht provozieren lassen", so lange wird die Ordnungsbestie nach Belieben erschießen.

Der Angstschrei.

Ein Genosse aus Kiel sendet uns folgende Zeilen:

In Kiel ist die Lohnbewegung der Werften „siegreich" zu Ende gekämpft. Die Werftgewaltigen haben den Arbeitern ein paar Brocken hingeworfen und haben mit Hilfe der „Arbeitervertreter" die Massen beruhigt.

Und doch scheint der verratene und darum verlorene Kampf nicht ohne Lehren gewesen zu sein. In den Reihen der Proletarier wächst die Erbitterung gegen Gewerkschaften und parlamentarische Parteien.

Folgender Angstschrei zeigt das deutlich:

Parteigenossen, die Augen auf!

Von Tag zu Tag steigt die Not! Frauen und Kinder leiden schwer darunter. Eurer ganzen Kraft bedarf es, diese Tage zu überstehen. Was Wunder, daß in dieser Zeit gewissenlose Demagogen, wie schon so oft, wenn ihr weder aus noch ein wußtet, sich euch nahen und euch aufzuspielen haben, unter Anwendung von Gewalt Lebensmittel zu holen.

Die kommunistischen Treiber halten die gegenwärtige Lage für geeignet, wieder einmal eine Stimmung zu schaffen, die sie brauchen, um die Massen der Arbeiter in Putsche zu treiben, bei denen sie dann mit ihrem Blute zu zahlen haben. Die Entschließungen von Halle und Breslau, wo Kommunisten in der Manier von Polizeispitzeln durch verbrecherische Handlungen die Arbeiter auf die Straße peitschen, um ihr Parteisäbelchen zum Rasseln zu bringen, reden eine deutliche Sprache.

Im kommunistischen Lager ist man zu allem fähig. Die Paarung von Wahnwitz und Verbrechen trieb zu den schendlichsten Handlungen. Noch weiß man nicht, was in irgendeiner Situation eine gewissenlose kommunistische Sippe auch in Schleswig-Holstein versucht. Mehr als jemals ist es nötig, die Augen offen zu halten, um den Leuten nicht ins Garn zu gehen, die in diesen Tagen unverhüllt zu Wahnsinnsmen auffordern, die zu Gewalt und Blutvergießen führen.

Nicht auf der Straße wird das Schicksal der schleswig-holsteinischen Arbeiterschaft entschieden. Die politischen und wirtschaftlichen Organisationen sind es, die für euch kämpfen, und deren berufene Führer ein Menschenalter hindurch unter Anspannung aller Kräfte für euch gearbeitet haben. Zeigt in diesen Tagen, daß ihr hinter ihnen steht, laßt euch nicht betören! Bewahrt klare Köpfe! Dann werden wir auch die Not dieser Tage überstehen.

Sozialdemokratischer Verein Groß-Kiel.
J. A.: Emil Hartung.

Laßt euch in den Tagen, in denen ihr verhungert, nicht betören! Fürwahr, eine starke Zumutung selbst für die geduldigen Proletarier, die es in der Welt gibt, für die deutschen Arbeiter.

Nicht auf der Straße wird das Schicksal der Arbeiterschaft entschieden! Nun, dies wird zum an der Arbeiterschaft liegen, ob ihr Schicksal auf der Straße entschieden wird.

Bis jetzt wird das Schicksal Tausender von Proletariern allerdings in jener kalten Kämmerlein oder in irgendeiner Ecke entschieden. Stumm und geduldslos sterben sie dahin. Tausende von Proletariertindern haben allerdings nicht mehr die Kraft, auf die Straße zu gehen. Unterernährt, denn sicheren frühen Tode preisgegeben, siechen sie dahin — in Massen. Und diesen Proletariern zu sagen, daß sie es sind, die da zugehen, durch ihre Ruhe, daß die Bourgeoisie, der Kapitalismus mit seinen gewerkschaftlichen und parlamentarischen Schergen weiterleben kann, wenn er dies Elend ins Unendliche steigert, ist nach Ansicht dieser falschen Schlemmer — Demagogie.

Gewiß, die Tage der Not für die verhungernden Proleten werden vorübergehen. So oder so. Sie werden vorübergehen, wenn sie nicht auf die Straße gehen. Der Tod wird sie erlösen und wird ihre Klassengenossen an die Stelle der Todeskandidaten rücken lassen.

Aber vorübergehen für das Proletariat als Klasse werden sie nur, wenn das Proletariat auf die Straße geht, die rote Fahne der Revolution entrollt, den kapitalistischen Staat mit seinen Henkersknechten vernichtet und den Rätestaat des Proletariats erbaut.

Einmal wird das Proletariat die Demagogen entlarven, über sie zu Gericht sitzen und ihnen zeigen, was Ordnung heißt.

Aus der Jugendbewegung.

Vom 19. bis 21. November d. J. tagte in Berlin die 2. Reichskonferenz der Kommunistischen Arbeiter-Jugend (KAJ). Ihre Beschlüsse sind für KAP. und Union von außerster Bedeutung. Die Tagesordnung war folgende:

1. Weltpolitische Lage.
2. Das Verhältnis zwischen KAJ. und KAP.
3. Bericht vom 2. Kongreß der Kommun. Jug.-Intern. und Stellung dazu.
4. Jugend und Union.
5. Organisationsfragen.
6. Programm der KAJ.
7. Organisationsfragen.

Nach Erledigung der sachlichen Dinge wurde eingetreten in den Punkt:

Weltpolitische Lage.

Wir sehen zwei große Klassen in der Weltpolitik ringen: Kapital und Arbeit. Wir gehören der letzteren Klasse an und sehen die Dinge in der Welt von ihren Interessenlichten aus. Der Weltkrieg, entstanden aus dem Kampf kapitalistischer Konkurrenzgruppen um den Absatzmarkt, ist als Beginn der letzten Todeskrise des Kapitals zu bewerten. Doch das Kapital will seinen Profit retten, die Bedürfnisse der Menschen sind ihm egal. Wo heute die Produktion ab, wo man weniger Waren macht, Profit zu schlagen. Es muß sich nun auf, in Formen, die vor dem Kriege phantastisch erschienen: antinational und geistiger Engstirnigkeit. Beweise sind und die „Ueberfremdung" deutscher Länder und internationaler Trusts. Der durch den Krieg ungemeinlich und unser gewaltsame Staat wird durch Einrichtung eigener politisch-militärischer Machtgruppen allmählig aufgehoben. Das Kapital sieht sich auf sich selbst gestellt, kann keine Anleihen aus. Das Proletariat sieht klassenbewußt dieser Entwicklung zu. Es ist gefesselt in den Bann bürgerlicher Gesetzlichkeit. Es besitzen ihm Klassenjustiz, Klassenbewußtsein, Gewerkschaften und nicht gelungen ist, die Proletarier in entscheidender Zeit zu überzeugen, kann nicht an den Entscheidungskampf gehalten werden, d. h. jetzt nicht auf Umsetzung gedrängt Situationen zu verzichten. Auf alle Fälle entspricht die Zeit unterschieden) „Theorie der ein Offensive" Unsere Theoretiker nicht den Kampfentwicklungen. Sowohl „neue Rätetheorie" und allgemeinhin den bürgerlichen Theorien der russischen Revolution, der bei dem Ausbleiben der Weltrevolution eintreten mußte. Wir können nicht zulassen, daß Proletarier für das „Sowjet-Rußland" Glaubensbrieft verfechten. Damit sind und die drei Moskauer Internationalen ihrem Schicksal überlassen. Sie sind heute nach Gegenbilder angeblich bester die Arbeiter „mitte" kapitalistische Kultursorgen leiten.

Das Verhältnis zwischen Jugend und Partei (KAJ. und KAP.)

wurde in folgenden Thesen festgelegt:

In der Epoche des proletarischen Kampfes um die Macht und in der ersten Periode nach Eroberung derselben ist die Herstellung der proletarischen Schlagkraft das entscheidende Teil der Arbeiterklasse eine Bedingung für ihren Sieg.

Daraus folgt die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der revolutionären Arbeiter ohne Unterschied des Berufs, des Geschlechts und des Alters zu einer Klassenorganisation. Diese hat ihren organisatorischen Ausdruck in der Kommunistischen Arbeiter-Union gefunden.

Der bewußte Teil der in der Union zusammengeschlossenen Proletarier, der gewillt ist, die Revolution, deren Grund seiner Klassenlage heute kein kommunistische Bewußtsein von dem Wesen und der Entwicklung der Klassenkampfes, nicht aber notwendig ist zur Meisterung der jeweiligen Aufgaben der Proletarier.

Dieser Umstand erfordert die Zusammenfassung der Kommunisten und kommunistischen Arbeiter, um sie dann in die Union gründlich hineinzutragen, um sie dann zu führen. Dieser Zusammenschluß der Fortgeschrittenen ist der KAP., ist sie ist die politische Organisation der Fortgeschrittenen.

Die der sozialistischen Eigenart der kommunistischen Bewegung entsprechende Organisation der Kommunistischen Arbeiterjugend verlangt die Zusammenfassung der fortgeschrittenen zum Schutzes Teil der Proletariatsjugend.

Diese führt ihren organisatorischen Ausdruck in der KAJ., sie ist die politische Organisation der Jungproletarier, wie die KAP. die der Erwachsenen ist.

Der Kampf für die Interessen der Arbeiterjugend kann nur sein der Kampf, um die Macht der Arbeiterklasse.

Die politische Organisation der Proletarierjugend, die KJ., darf sich darum nicht auf ihre engen Jugendfragen beschränken, sondern muß an den Problemen des Gesamtproletariats, also denen der KPD., den tätigen Anteil nehmen, weil sie ja gleich solche der Jugend sind.

Die Mitwirkung der KPD. bei der Festlegung der Grundsätze und Tätigkeit des Klassenkampfes verpflichtet sich durch die Verbindung aller Fragen der KPD., durch Leitungen an ihren Versammlungen, durch aktive Mitarbeit und Mitentscheidungsrecht bei allen außerorganisatorischen Fragen nach Maßgabe der anwesenden Mitglieder der KJ.

Werden auf diese Art Grundsätze und Taktik der kommunistischen Arbeiter-Elite auf Grund voller Gleichberechtigung der sie umfassenden Teile (KPD. und KJ.) festgelegt, so erfordert die selbstverständliche Zentralisation des Kampfes die gleiche Verpflichtung: die einheitliche Durchführung der Beschlüsse für beide Organisationen.

Diese Zentralisation wäre solange, wie gleiche Grundprinzipien KPD. und KJ. verbinden. Treten im Laufe der Zeit zwischen der Mehrheit der KPD. solche prinzipiellen Verschiebungen ein, so kann diese nur eine Spaltung beider Organisationen zur Folge haben und die sich dann ergebende Gruppierung ist diejenige wie heute: nämlich gleiche Grundprinzipien erfordern gemeinsamen Kampf.

Die Gemeinsamkeit von KPD. und KJ. hört da auf, wo für die KJ. die spezielle Jugendaufgaben, um derentwillen sie überhaupt da ist, entstehen. Wenn diese Aufgaben für das Jungproletariat selbstverständlich nur im Rahmen des Gesamtkampfes der Arbeiter, also der Grundsätze und Taktik der kommunistischen Arbeiter-Elite zu lösen sind, so hängen sie doch von den Verhältnissen im Jungproletariat selbst ab.

Die organisatorische Selbständigkeit der KJ., soweit diese nicht abhängig ist von den Grundsätzen und der Taktik der Kommunistischen Arbeiter-Elite, ist notwendig zum Zwecke der planmäßigen Propaganda unter der Jugend.

Die reformistische Kampfverhinderung dieser Verhältnisse von Jugendorganisation und Partei ist ein Entwicklungsprozeß, in dem die fortgeschrittenen Elemente der KJ., die aus Tradition heraus noch bestehende Ideologie der „Unabhängigkeit" überringen und in dem die Fortgeschrittensten der KPD. den in ihren Reihen noch bestehenden Konservatismus gegenüber der Jugend endenzen werden.

Jberl wäre es richtig, wenn die KJ.-Mitglieder solche der KPD. sind, um dann — wie bei der Union — lose zusammengefaßt zu werden auf der planmäßigen Ausführungsarbeit unter der Jugend willen. Doch gerade im dieser halber ist heute noch die selbständige Organisation der Jugend notwendig. Nur aus diesem einen Grunde! Wie unter dem Gesichtspunkt der Zentralisation ein Bejahl der Partei nur in Fragen seines Bestehens „entnommen" sein kann, und alles was über diesen hinausgeht, Sache aller Dinge ist, so ist auch die KJ. nur auf dem Gebiet „Jugendarbeit" selbständig, und alles, was darüber hinausgeht, ist Sache der Gesamtorganisation „KPD.", welche in alle Altersgruppen umfaßt. Nur gilt es, nachdem diesen Notwendigkeiten geschlossenen Kampfes durch Einsetzen der KJ.-Mitglieder in die Organisationsdisziplin der KPD. Rechnung getragen ist, dieser Tatsache den organisatorisch-formellen Ausdruck zu geben: das Mitentscheidungsrecht der KJ.-Mitglieder an allen außerorganisatorischen Fragen der KPD. durchzusetzen.

Der Bericht vom 2. Kongreß der Kommunistischen Jugend-Internationale in Moskau

ist gebracht in der „Roten Jugend" vom 9. Oktober d. J. Als Stellungnahme dazu wurden folgende Beschlüsse beschlossen:

Der letzte Kongreß der Moskauer Internationale hat sich offen und klar gegen die proletarische Revolution ausgesprochen.

Es hat es getan deshalb, daß er alle großen Interessen der proletarischen Revolution heuchelte und vergewaltigt durch die Interessen einer Arbeiteraristokratischen Revolution.

Die proletarische Revolution soll regiert werden von den antiproletarischen, antikommunistischen Bauernmassen Osteuropas und Asiens.

Diese Beschlüsse wurden in einer geschichtlichen Epoche gefaßt, in der die ökonomischen Bedingungen im Gebiete des Hochkapitalismus entweder das Ende des Systems erforderten oder den Millionenmordgang der eingeborenen Massen.

Das bedeutet, trotz allem Geschrei, Rückfall zur Sozialdemokratie, Endgleich mit dem Bolschewismus.

Eine wahrgetreue Umgestaltung dieser Taktik ist nicht mehr zu erwarten. Keimgesetzmäßig ist die rechtsstehende Abspaltung der erste proletarischen Klassenkämpfer, die rechtsstehende Neuordnung der geringfügigen „linken" Regungen in den offiziell zur Dritten Internationale gehörenden Parteien.

So hat die Moskauer Internationale aufgeführt, eine erstaunliche Gefahr für die Revolutionen zu sein. Sie wird im Gegenteil gleich der Zweiten Internationale zu einem wichtigen Faktor zu seiner Erhaltung.

Die Kommunistische Jugendinternationale, als ein Teil der Dritten Internationale, hat sich deren Opportunismus zu eigen gemacht, sie legt diese opportunistische Linie in der Jugend fort. Die Kommunistische Jugendinternationale schließt damit als ein revolutionärer Faktor aus, und ihre Politik ist in gleicher Weise zu bekämpfen.

Die Kommunistische Jugendinternationale, ein Teil der proletarischen Revolution, kann Entwicklung als Faktorin zusammenfassen, weil der Zusammenhang der höchsten Kreise alles Denkens und Wissens, sich in den Dienst von reinen internationalen proletarischen Klassenkampfes zu stellen.

Das bedeutet: schnellste Zusammenfassung aller wirklich klassenbewußten Kräfte der Weltproletariats.

Der Zusammenschluß kann aber nicht nur heißen den Charakter der Minorität, der Kritik, der Negation gegen diese Moskauer Internationale und gegen die Sowjetregierung, da wo sie auftritt als Sachwalter der bürgerlichen Revolution.

Er muß auch der Keim sein, Anfang einer wirklichen Kommunistischen Arbeiter-Internationale.

Die Kommunistische Arbeiter-Jugend, als ein Teil der Kommunistischen Arbeiter-Partei verbundenen Glied, übernimmt die Aufgaben der revolutionären Jugend der ganzen Welt, die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller revolutionären Proletarier in dieser KJ. aufzuzeigen.

Die Kommunistische Arbeiter-Jugend Deutschlands hat die Verpflichtung, die Verbindungen mit der gesamten Jugend der Welt aufzunehmen, um die Opposition in den einzelnen Ländern gegen die opportunistische Politik der Kommunistischen Internationale zu stärken, sie loszulösen und zusammenzufassen zu gemeinsamer Arbeit.

Um diese Arbeit zu leisten, tritt die Kommunistische Arbeiter-Jugend Deutschlands ein für die Schaffung eines Ressorts „Jugendarbeit" beim Bureau der Kommunistischen Arbeiter-Internationale. Sie delegiert zu diesem Zweck und für diese Arbeit einen Genossen, der auf der Reichskonferenz zu wählen ist und damit als gleichberechtigtes Mitglied des Bureaus — auch für die politische Arbeit bestehen — verantwortlich ist. Der für diese Arbeit bestimmte Genosse ist gleichzeitig Mitglied des Reichsarbeitsausschusses. Seine Übersetzung kann nur erfolgen durch die Reichskonferenz oder den Zentralausschuß.

Jugend und Union

Die KJ. lehnt eine besondere „Union der Jugend" ab. Die Jugendlichen sollen innerhalb der Union lose zusammengefaßt werden. Dabei müssen die KJ.-Mitglieder die Initiative innehaben. Der Beschluß der Reichskonferenz der KAU. in der Jugendfrage wird gutgeheißen und seine Durchführung verlangt. In Verfolg der Entscheidung in „Jugend und Partei" gilt jetzt auch der Parteibeschluß betreffs Zugehörigkeit zur Union für die KJ.-Mitglieder. Doch stellt die Reichskonferenz an den nächsten Parteitag der KPD. den Antrag, in Ausnahmefällen Ausnahmen zu machen, und daß diese Ausnahmebestimmung bis zum Entscheid des KJ.-Parteitages für KJ.-Mitglieder bestehen.

Organisationsaufbau

Mittelpunkt der Beratungen waren folgende Anträge, die angenommen wurden, und den zentralen Charakter der KJ. und die politische Tätigkeit ihrer Körperschaften schaffen:

„Die Führung der Geschäfte für die Gesamtorganisation besorgt ein Reichsarbeitsausschuß. Die Wahl derselben erfolgt auf Grund von Ortsgruppenvorschlägen durch die Reichskonferenz."

„Die Reichskonferenz tritt den Tendenzen, die KAU. sei nur das ausführende, technische Organ, aufs schärfste entgegen. Der Arbeitsausschuß ist auf Grund unserer zentralen Organisationsaufbau eine politisch verantwortliche Körperschaft."

„Der KAU. hat sich jede sechs Monate seinen Rechenschaftsbericht zu stellen und jedesmal ist wenigstens mindestens die Hälfte der Mitglieder neu zu wählen."

Programm der KJ.

Inhalt aller Geschichte ist der Kampf von verschiedenen Gruppen der Menschen, die sich durch ihre Stellung im Prozeß der Erzeugung von Waren unterscheiden. Der Kapitalismus hat diese Klassengegensätze verschärft, er hat zwei Klassen geschaffen: Kapitalisten und Lohnarbeiter. Die Lohnarbeiter, die Proletarier, kämpfen gegen ihren Klassenfeind. Sein Leben ist ihr Tod. Sie kämpfen gegen die Ausbeutung, was nur möglich ist durch Aufhebung des Privateigentums, also Kommunismus, klassenlose Gesellschaft. Diese ist das proletarische Klassenziel. Der Kapitalismus wird sich jedoch erst allmählich — geschichtlich gesehen: Seine Todeskrise sind Akkumulation und Zusammenbruch. Abgeschlossen begleitet den Kapitalismus. Heraus ergibt sich der Kampf um Absatzmärkte, dessen tiefste Form der Weltkrieg war. Die eine Kapitalistengruppe ist von der anderen (mit dem Versailler Frieden) ausgeschlossen, welche jetzt in früher englischen Herren der Neuaufteilen vorwärmt: Daraus folgt bequeme Ausbeutung — Hunger und Sterben von Millionen. Rettung ist nur: Aufhebung des Privateigentums, Kommunismus. Seine erste Phase ist die proletarische Diktatur. Der Kampf um sie ist notwendig. Er ist nur Lyrisch zu führen in Form Gewerkschaft, mit Klassenbewußtsein. Alle Mittel, welche die Forderung befördern hindern, sind abzuschaffen. (Geistliche Institutionen). Die revolutionären Proletarier sind ohne Unterschied des Berufes, des Geschlechts und des Alters zu einer Klassenkampforganisation zusammenzufassen. Die Massen müssen jedoch sich zusammenschließen, um sie wirksam zu den Massen werden zu können. Dies ist heute die KPD., sie ist Massenpartei des Proletariats. Die Ausführung der jungen Proletarier muß besondere Mittelpunkt feinen der KPD. notwendig. Ihre Entwicklung ist nur möglich durch organisatorischen Zusammenschluß der Jugendlichen der KPD. Dieser ist die KJ., sie ist die politische Organisation der proletarischen Jugend. Ihre Aufgaben bestimmt sich nach den Kampfzielen von unten nach oben. Die Körperschaften müssen politisch tätig sein. Der KJ. ist — gegenüber der Jugend der Union — die Hochschule revolutionärer Bildungsarbeit. Sie muß konkretisiert ihre Ideen in die Tatsachgegebenen Einrichtungen. KJ. ist international zusammengeschlossen und mit ihr ist auch die KJ. in den internationalen Kampfzonen eingetreten.

Nach dem Punkt Organisatorisches wurde nach Verlesung eines Begrüßungsschreibens der ersten

„Kommunistischen Arbeiter-Jugendgruppe in Holland

die Konferenz beendet.

Aus der Partei.

Mitgliederversammlung der KPD. Groß-Berlin.

Am 29. November fand in Groß-Berlin eine allgemeine Mitgliederversammlung statt mit dem Thema: Die Taktik der Partei.

Die Mitgliederversammlung nahm von E. H. Kenntnis beantragt auf einer vorausgegangenen Mitgliederversammlung und der Begründung, daß in der Partei sich Sympathie gezeigt, die gegnerisch sind, die Partei in opportunistischen Fahrwasser zu bringen. Das Resultat der Mitgliederversammlung vom folgender Antrag:

1. Die Mitgliederversammlung Groß-Berlin kann die vom Geschäftsführenden Hauptausschuß behaupteten Differenzen nicht entdecken.

Sie fordert deshalb die sofortige Einberufung einer Zentralausschußsitzung, die zu den Gründen dieser Kampagne Stellung nimmt.

2. Die Abstimmung auf dem Zentralausschuß kann nur auf Grund der abgerechneten Mitgliederbeiträge der letzten drei Monate erfolgen.

Ausland.

Teuerungs-Krawalle.

Wien, 1. Dezember.

„In Wien kam es heute zu großen Arbeiterkundgebungen gegen die Teuerung, und im Anschluß daran zu so schweren Ausschreitungen, wie sie in diesem Umfange bisher nicht zu verzeichnen waren. Um die Mittagszeit versammelten sich ungefähr 20 000 Jugendliche und Arbeitslose, die mit Knüppeln und zum Teil auch mit Schußwaffen bewaffnet waren. Der Zug bewegte sich vor das Parlament und sodann in die innere Stadt auf die Ringstraße. Die Demonstranten bedrängten die Kaufhäuser ein und zertrümmerten die Fensterscheiben, elektrischen Installationen und Einrichtungsgegenstände. Besonders in den großen Hotels in der Ringstraße, die hauptsächlich von Ententeangehörigen bewohnt sind, waren die Ausschreitungen besonders schwer. Die Kaufleute ersuchten den Presidenten der Reparationskommission um Schutz. Der Sekretär des Presidenten versuchte in deutscher Sprache, die Demonstranten zu beruhigen, mit dem Hinweis, daß die Insassen des Hotels japanische, britische und französische Staatsangehörige seien. Dieser Versuch war jedoch vergeblich. Auch das Grandhotel sowie das Hotel Imperial hatten unter den Plünderungen der Demonstranten zu leiden. Eine große Anzahl von Kaufhäusern und Ladengeschäften wurde fast vollständig ausgeplündert. Die Demonstranten schlugen in den Geschäftslokalen die Fensterscheiben ein und drangen dann in das Innere der Geschäfte, wo sie sämtliche Lebensmittel, Schuhe und andere Bekleidungsstücke raubten. Die Polizei war den Plünderern gegenüber zunächst machtlos. Erst in den späten Abendstunden gelang es der zahlreich aufgeboteten Polizei zu Fuß und zu Pferde, auf dem Ring einigermaßen Ruhe zu schaffen. Es waren aber noch verschiedene Trupps von Demonstranten in der Stadt in Bewegung, so daß noch weitere Ausschreitungen befürchtet worden."

Hier ist deutlich der Versuch zu erkennen, die auch den Hunger hervorgerufenen „Sachwerterfassungen" in nationalistisches Fahrwasser zu bringen. Im äußersten Fall hat man dann noch die „einzige sozialdemokratische, antiterroristische Gegenkundgebung" mit ihrem kommunistischen Redakteur, die letzteren Gelegenheit, die Aufgabe zu bekommen, beim Proleten, der sich noch wundert, wo es in Massen liegt, als Spitzel zu begleiten.

Für das Proletariat gilt es nun einen Ausweg, den Sinn einer Gesellschaftsordnung, auf der allein solche Schauspielereien existieren können.

Mitteilungen.

Am Freitag, den 9. Dezember, beginnen in den vier Abteilungen der

Kurse

eine Abwechslung der Lehrer statt.

4., 5., 15. und 20. Bezirk. Norden: Kleine Schulstraße, Müller, Ecke Brunnenstraße. Historischer Materialismus.

1., 2. u. 7., 14., 17., 18. und 19. Bezirk. Osten: Barbarossa, Brunnenstraße, Barbarossa Str. 61. Über Programm und Taktik.

3., 8., 9. und 10. Bezirk. Westen: Lokal von Schwarzkopf, Fontanestr. 26. Über Politik und materialistische Geschichte.

11., 12., 13. und 14. Bezirk: Charlottenburg, Schloßstraße, Guerickestr. 32. Über Proletarier-Staat.

Am Montag beginnen in allen Abteilungen pünktlich abends 7½ Uhr. Anfänge neuer Zirkel.

Der Bezirks-Ausschuß Groß-Berlin.

Warnung!

Die vorgen. sämtliche Arbeiterzeitungen bar dem ehemaligen Genossen Richard Braunwald, wohnhaft Berlin, Kaiserallee 46, gebeten am 20. November 1922. Derselbe wurde ausgeschlossen wegen Unterschlagung proletarischer Gelder. Er ist ein politischer Abenteurer und erschleicht sich das Vertrauen der Genossen durch ein Reg von Lügen.

Wir ersuchen sämtliche Arbeiterzeitungen um Abdruck.

1. Dezember 1921.

Komm. Arbeiter-Jugend Rentzlaff.

Von Mittwoch, den 9. November ab ist im Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Str. 6, Ecke Höchste Str.

Heft 2/10 der Zeitschrift

Proletarier

herausgegeben vom Organisationskomitee der Kommunistischen Arbeiter Internationale, Berlin, zum Preise von 3 M. zu haben.

Neu erschienen! Neu erschienen!

Karl Liebknecht: Reden und Aufsätze

von Julian Gumperz.

Preis: 16 Mark.

Verlag der KAPD., Berlin, Landsberger Str. 6.

Redakteur: G. Kegler, Berlin. Verlag: Schubert, Berlin. Druck: E. Hess, Berlin, Hasenfelde 16.

3. Jahrg. Nr. 1. 1922 Preis 75 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 400 29. — Bezug unter Streifband: für Berlin 10,— M., nach auswärts 12,— M., nach dem Ausland 20,— M. monatlich.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Die Zuchthausrepublik, die „vollendete Demokratie"

Die Verwirrung und Ratlosigkeit war nie so groß wie jetzt. Die Parolen, mit denen das Proletariat vorgeschoben wird, waren nie unsinniger wie augenblicklich. Die Aussicht für die Bourgeoisie, das Proletariat zu fesseln, vollends zu knebeln, war nie aussichtsreicher wie jetzt. Warum? Die „soziale" Gesetzgebung arbeitet fieberhaft. Arbeitszeitgesetz, Schlichtungsordnung, Gesetz zur Erwerbslosenversicherung, alles wird dem Proletariat beschert, — ohne daß das Proletariat nur daran denkt. Die „Demokratisierung" eilt mit solchen Riesenschritten vorwärts, daß die Proletarier den Ergebnissen der „sozialen" Gesetzgebung gar nicht mehr zu folgen vermögen. Die „Errungenschaften" häufen sich so, daß das Proletariat die Größe dieser Errungenschaften gar nicht zu übersehen vermag. Kein Wunder, daß Großkapital jetzt diesen gewerkschaftlichen „Errungenschaften" keinen Widerstand entgegen. Es hilft noch eifrig mit; daher die reibungslose Abwicklung.

Der Hauptschlager dieser „Errungenschaften" ist die „Erlassung der Schwerte". Sie kann als gelungen angesehen werden. Der tiefere Sinn, der in dieser „Erlassung" liegt, daß ist nach Sinnes und Thalheimer die Verwirklichung ihrer bekanntesten in einer Bilanzbroschüre dargelegten Thesen aufzustellen. Der Grundgedanke ist: die Verzeinigung der sozialistischen mit der Privatindustrie zu einem Industriekongern. Das heißt mit anderen Worten: die Verzeinigung aller Schwerte, der lebendigen sowie der toten Produktionsmittel in eine Hand. Der Uebergang von der „bureaukratischen" Leitung zur „kaufmännischen" Leitung. Um mit Hölein von der KPD. zu sprechen: „Die Einsetzung jeder Arbeitskraft am richtigen Ort, zur Erzielung eines möglichst hohen Nutzeffektes." Es versteht sich von selbst, daß die Barone der Großindustrie dieses „schwere Werk" nur vollbringen können, wenn, um mit Biedermann zu sprechen, mit dem Unfug der unproduktiven Ausgaben aufgeräumt wird. Das Fiasko der kapitalistischen Wirtschaft kann etwa nur kein Schlußfung, sondern vom Wahrwerk, Steigerung des Profits. Deshalb ist die erste Voraussetzung, die deutsche Wirtschaft auf eine Grundlage zu stellen, wo sie erstens frei wird von unproduktiven Ausgaben und zweitens die Voraussetzungen schafft, daß sie sich umgehemmt entfalten kann.

Jedem Proletarier muß es klar sein, der Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft bedeutet für das Proletariat: die Folgen der Kapitalkrisen auf sich zu nehmen, restlos und direkt. Der Sinn des Uebergangs von der „bureaukratischen" zur „kaufmännischen Leitung" bas heißt: das Kapital kann nichts dafür, wenn die Proletariat-massenmenge auf der Straße verrecken infolge Kapitalosigkeit. Dafür kann man keinen Kapitalisten verantwortlich machen. Deshalb muß der kümmerliche Rest von Erwerbslosenfürsorge fallen. Die Proleten mögen sich versichern. „Spare in der Not, so hast du in der Zeit" Das Erwerbslosenversicherungsgesetz ist zwar noch nicht Gesetz, aber es wird jetzt schon nach dem in Bälde zu verabschiedenden Gesetz verfahren. Man fühlt ja auf keinen Widerstand. Deswegen nicht, weil momentan die deutsche Industrie infolge der Schmutzkonkurrenz, die infolge des Standes der deutschen Mark möglich ist, die meisten Proleten in der — glücklichen — Lage sind, für Hanf und Margarine den ganzen Tag zu schuften. Die Proletarier werden erst merken, was los ist, wenn der große Hinauswurf wieder einsetzt. Lange wird dies nicht mehr dauern. Dann werden sie sich sagen lassen müssen, daß sie ja damit einverstanden waren.

Deutlich ist also, daß das Großkapital diese Verpflichtung, die der Staat gegenüber den erwerbslosen Proleten noch hatte, [illegible] verschwunden ist. Bleibt noch kurz, kurz und bündig: das Recht der „zweigeschränkten Verfügung über die lebendigen Produktionsmittel (der Proleten) nach „kaufmännischen" Grundsätzen. Das „Arbeitszeitgesetz" trägt dieser „wirtschaftlichen Notwendigkeit" Rechnung. Es sieht vor, daß in „besonderen Fällen" die Arbeitszeit bis auf 15 Stunden ausgedehnt werden kann. Eine Entscheidung darüber, ob dies in diesem oder jenem Fall notwendig ist, trifft selbstverständlich die „kaufmännische Leitung". Man hat ja schon gut vorgebaut. Früher wurde letzte Hoffnung derjenigen, die hinauslogen weil sie nicht ganz kuschten, die Planmäßige der Erwerbslosenfürsorge. Das Bewußtsein, daß sich seine Familie den direkten Folgungen ausgesetzt zu sehen — so spekuliert man — wird seine Rückwirkung nicht verfehlen.

Man ist jedoch weit entfernt, zu vergessen, daß diese unerhörte Knebelung nicht ganz ohne Murren ertragen werden wird. Es muß also ein Sicherheitsventil geschaffen werden, damit der Zorn der Sklaven entströmen kann, ohne Schaden anzurichten. Zu diesem Zwecke ist die „Schlichtungsordnung" da. „Dem Volke muß das Recht zum Streiken erhalten bleiben." Wir haben zu dieser Schlichtungsordnung schon das gesagt, was zu sagen ist. Wir wollen hier in Zusammenfassung nur darauf hinweisen, daß, nachdem die Proleten durch ihre Tarifverträge gebunden sind, sie für diese Zeit der tückischsten Ausposaunung unterworfen sind. Die Lebens- und Bedarfsmittelpreise können sich verdoppeln, verdreifachen, ohne daß an dem Tarifvertrag gerüttelt werden darf. Daß nicht gerüttelt wird, dafür sorgen schon die Gewerkschaften, die als Vertragskontrahenten (ich freiwillig verpflichten, den Schaden zu bezahlen, der den Unternehmern bei „tarifwidrigen" Streiks erwächst. Den Proleten, die ihre Streikerei nicht bezahlen können, denen ist dadurch leicht beizukommen, daß man sich mit dem Kapital zusammenfetzt und sich klar wird, wo man durch einen längeren oder kürzeren Streik, in einem Industriezweig, der ganz gut für einige Zeit stillgelegt werden kann, ohne daß „ein Wirtschaftsleben" Schaden leidet, diese Proleten wirtschaftlich auf den Hund bringt und ihnen so den Drahtbrief noch höher hängt. Im Notfalle hat ja (laut Schlichtungsordnung) der Reichspräsident das Recht, jeden beliebigen Betrieb als „lebensnichtig" zu bezeichnen und in diesem den Streik zu verbieten. Als letztes Mittel hat man dann noch „Betriebsstillegungsgesetze".

Moskau — Cannes

Das Jahr 1922 stellt das internationale Proletariat vor schwerwiegende Entscheidungen. Ein kurzer Rückblick zeigt, daß das Kapital seine Positionen ungeheuer festigen konnte, politisch festigen konnte, ohne jedoch die Krise zu lösen. Durch die internationale Verständigung des Kapitals, den internationalen Zusammenschluß, sollen die Folgen der Kapitalskrise restlos auf das Proletariat abgewälzt werden.

Der eben beendete russische Rätekongreß hat, was von der kapitalistischen Presse mit Genugtuung registriert wird, den Schutz des Privateigentums gesetzlich festgelegt. Die Kapitalisten aller Länder waren in eigener Person anwesend. Die „Friedenspolitik" der Sowjetregierung weckte im kapitalistischen Blätterwald begeisterte Zustimmung. Die Presse der Großindustrie öffnete bereitwilligst ihre Spalten, wirft sich als Beschützer Rußlands auf.

Kein Wunder. Das russische Geschäft steht heute im Vordergrund. Es ist das Objekt, der Angelpunkt kapitalistischer Politik. Die Sowjetregierung beflagt sich bereits, daß die Kapitalisten trotz der gedeckten Tische noch nicht kommen. Nach Washington und London steht jetzt Cannes vor der Tür. Folgende Meldungen zeigen die Linie auf, auf der der Vormarsch gemeinsam mit Rußland gegen das Weltproletariat im verschärften Tempo fortgesetzt wird.

Lloyd Georges Vorschläge.

Frankfurt a. M., 3. Januar. (WTB.) Nach den Vorschlägen Lloyd Georges soll, wie ein Pariser Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" meldet, das Depositenkonsortium bei zur wirtschaftlichen Sanierung Rußlands vorgeschenen internationalen Konsortium von einem englisch-französischen Komitee ausgearbeitet werden, das auch die Höhe der Beteiligung festzusetzen hat. In Anschluß genommen ist, daß drei Viertel des Gesellschaftskapitals zu gleichen Teilen von England, Amerika, Frankreich und Deutschland, der Rest von Italien und Belgien und eventuell auch von Holland und der Tschecho-Slowakei aufgebracht werden sollen. Die erste Aufgabe des Konsortiums soll die Wiederherstellung der Eisenbahnen, der Häfen und der Schiffahrt in den östlichen Ländern Europas sein.

Cannes, 3. Januar. (Reuter.) Lloyd George beschäftigte nicht nur ein einzelne Frage zu beschreiben, sondern zu versuchen, einen zu erreichen, was die verschiedenen europäischen Regierungen zusammenbringe. Bezüglich der Reparationsfrage scheine die Ansicht vorzuherrschen, daß Frankreich erhalten müsse, was ihm zurücke. Man zeige sich Verständnis für Briands Schwierigkeiten beim Parlament und beim Volke gegenüber. Allgemein sei man der Ansicht, daß die Konferenz länger als eine Woche dauern werde und daß die Beratung der Außenminister über die Probleme des nahen Ostens vielleicht ebenfalls an der Riviera stattfinden werde.

Russischer Industriekongreß in Paris.

Paris, 3. Januar. (WTB.) In Paris findet heute ein Kongreß der in Frankreich ansässigen ehemaligen russischen Industriellen statt, der sich in erster Linie mit den englisch-französischen Plänen zur Wiederherstellung bei russischen Industriebetrieben befassen und über die Rückkehr der russischen Flüchtlinge im Auslande beraten wird.

Proletarier!

Dies an der Klassenjustiz in den Zuchthäusern lebendig begraben werden erneut ihre Befreiung

für die sie gestorben haben.

Soll die heut' wieder ungehört verhallen. Sie sagen euch jetzt schon,

daß sie dann zu eurer Schande zu Werden wissen.

Soll es wieder bei leeren Protesten bleiben?

Wollt ihr euch nicht mitschuldig machen an dem Tode eurer Besten,

dann muß ihr als proletarische Klasse ihre Befreiung erzwingen.